

# Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 1 | 18. Januar 2019



## 1. Mitgliedschaft im Auswärtigen Ausschuss

Neues Jahr, neuer Arbeitsbereich! Passend zu meinem Amt als Regierungsbeauftragter für weltweite Religionsfreiheit bin ich seit dieser Woche Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages! Dort folge ich meinem Landeskollegen Thorsten Frei MdB, der aufgrund seines neuen Amtes als stellvertretender Fraktionsvorsitzender nun nicht mehr Mitglied im Ausschuss ist. Auch im zugehörigen Unterausschuss „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“ bin ich nun Mitglied, habe dort die Funktion des Obmannes übernommen und bin somit der Hauptansprechpartner in meiner Fraktion für das Thema Krisenprävention.

Der Auswärtige Ausschuss ist einer der vier Ausschüsse, die das Grundgesetz fest vorschreibt. Der Ausschuss begleitet die auswärtige Regierungspolitik vor allem im Vorfeld wichtiger außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen. Seine Beratungsthemen sind daher hochsensibel, weshalb der Ausschuss grundsätzlich hinter verschlossenen Türen tagt. So beraten wir dort zum Beispiel federführend, ob

die Bundesregierung deutsche Soldaten zu Auslandseinsätzen entsenden darf.



Bundeskanzlerin Angela Merkel war direkt in meiner ersten Ausschusssitzung zur Aussprache zu Besuch (Foto: GM)

Über die Themen, mit denen sich der Ausschuss beschäftigt, freue ich mich sehr. Denn die Ausschussarbeit ergänzt nicht nur meine bisherige, sondern auch meine aktuelle Arbeit. Verteidigung, Entwicklung und Auswärtiges – mit diesen Arbeitsfeldern verkörpere ich quasi den vernetzten Ansatz: Mehr Sicherheit durch ein Zusammenspiel von militärischen, diplomatischen, entwicklungspolitischen und humanitären Instrumenten.



Markus Grübel und der Ausschussvorsitzende Norbert Röttgen MdB im Paul-Löbe-Haus, in dem auch die Ausschusssitzung stattfindet. (Foto: CS)

## **2. Liste der sicheren Herkunftsstaaten erweitert – Grüne blockieren weiter**

Diese Woche haben wir im Plenum das Gesetz zur Einstufung Georgiens, Algeriens, Marokkos und Tunesiens als sichere Herkunftsstaaten beschlossen. Nun gelten diese vier Staaten im Sinne von Artikel 16a Absatz 3 des Grundgesetzes als sicher. Dadurch sollen Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten schneller bearbeitet und ihr Aufenthalt in Deutschland schneller beendet werden können. Zugleich soll der Anreiz für eine Asylbeantragung aus nicht asylrelevanten Gründen reduziert werden. Grund dafür sind die bisher sehr geringen Anerkennungsquoten bei Asylanträgen aus diesen vier Ländern.

Staatsangehörige sicherer Herkunftsstaaten sind unter anderem von der sogenannten 3+2-Regelung ausgenommen. Nach dieser dürfen Personen, die eine Ausbildung machen, auch als eigentlich Ausreisepflichtige für die Dauer der Ausbildung und im Anschluss zwei Jahre im Ausbildungsbetrieb bleiben. Das Gesetz zur Einstufung als sichere Herkunftsstaaten enthält

deshalb eine Bestandsschutzregelung für bis zum Tag des Kabinettschlusses bestehende Ausbildungsverhältnisse.

Die Grünen blockieren die Anerkennung der Staaten weiter. Das ist besonders wegen der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat von Relevanz.

## **3. 25-jähriges Jubiläum des Kardinal-Höffner-Kreises**

Noch zu Bonner Zeiten wurde vor 25 Jahren der Kardinal-Höffner-Kreis als Vereinigung katholischer Abgeordneter in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gegründet. Dieses Jubiläum haben wir diese Woche mit hochrangigem Besuch durch den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx gefeiert. In seinem Festvortrag beleuchtete der Erzbischof von München die Zusammenhänge der sozialen Marktwirtschaft und der katholische Soziallehre. Er rief die C-Parteien auf, die notwendige Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und der christlichen Soziallehre in die Hand zu nehmen. So müsse zum Beispiel darüber diskutiert werden, was die Soziale Marktwirtschaft auf europäischer Ebene bedeute, da soziale Standards in den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich seien.

Das Jubiläum des Kreises war auch Anlass für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, darüber zu diskutieren, wie der christliche Glaube Antworten auf politische Zukunftsfragen geben kann.

Der Kardinal-Höffner-Kreis ist ein Zusammenschluss von christlichen Abgeordneten

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Unternehmern und Wissenschaftlern. Der Kreis versteht sich als „Forum engagierter Christen“ an der Nahtstelle zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Mitglieder treffen sich in regelmäßigen Abständen, um mit hochrangigen Vertretern der katholischen Kirche über gesellschaftspolitische Fragen zu diskutieren.



Kardinal Marx bei seiner Festrede. (Foto: MG)

#### 4. Schüler der Freien Waldorfschule Esslingen zu Besuch

Diese Woche hatte ich Besuch von Schülern der Freien Waldorfschule Esslingen in Berlin! Den rund 35 Schülern habe ich im Fraktionssitzungssaal über die Abläufe im Bundestag, meine Aufgaben als Abgeordneter, meinen Alltag berichtet. Auch um aktuelle Themen ging es, zum Beispiel um die Dieselfahrverbote oder die Kirchensteuer.



Schüler der Freien Waldorfschule Esslingen mit Markus Grübel im Fraktionssaal. (Foto: SMü)

#### Zahl der Woche

955

2018 haben bundesweit 955 Menschen nach ihrem Tod ihre Organe für schwerkranke Patienten gespendet. Das entspricht 11,5 Spendern pro eine Million Einwohner, was im Vergleich zum Vorjahr (797 Spender) einer Steigerung von knapp 20 % gleichkommt, so die Deutsche Stiftung Organtransplantation. Damit haben sich die Zahlen zu den Organspenden erstmals seit 2010 wieder positiv entwickelt.

Von diesen Spendern konnten 3.113 Organe durch die internationale Vermittlungsstelle Eurotransplant erfolgreich an Patienten auf den Wartelisten vermittelt werden, darunter 1.607 Nieren, 295 Herzen, 779 Lebern, 338 Lungen und 91 Bauchspeicheldrüsen. Jeder Spender hat somit im Durchschnitt drei schwerkranken Patienten eine neue Lebenschance geschenkt. Gleichzeitig konnten 3.264 Organe verstorbener Spender in deutschen Kliniken transplantiert werden.

Aktuell stehen in Deutschland rund 9.400 Patienten auf den Wartelisten.

#### Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin  
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64  
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an [markus.gruebel@bundestag.de](mailto:markus.gruebel@bundestag.de)!